Pressemitteilung zu „Wagt Pirna einen IPO-Alleingang?“ (SZ, 08.11.19)

Alle Bürger*innen-Unterschriften zum IPO in die Tonne

So entlarvt man sich selbst

Als vor der Kommunalwahl im Mai 2019 erste Bestrebungen anliefen, die IPO-Planungen durch die Einleitung einer Bürgerbeteiligung (Bürgerbegehren, -entscheid) zu überprüfen, hat die CDU-Stadtratsfraktion in Pirna einen Antrag gestellt: Die Verwaltung möge die Fraktion und den Rat zum Modus von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid als demokratischen Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene sachkundig machen. Der Antrag ist trotz vieler erhellender Presseinformationen immer noch aktuell. Alle Pirnaer sollten meinen, man wäre auf den Zug der Bürgerbeteiligung aufgesprungen. Die Blauen, damals im Wahlkampfmodus, sammelten per Postkartenaufforderung Unterschriften und reichten sie mit großem Wirbel in den beteiligten Gemeinden ein. Die Unterschriften werden jetzt durch den überraschenden Antrag in der neuen Fraktionsgemeinschaft PKM zusammen mit den anderen Fraktionen der IPO-Förderer als gegenstandslos betrachtet. Sie werden quasi über die 180-Grad-Wendung in die Tonne befördert. Jetzt wollen die Macher*innen in Pirna das Heft des Handelns übernehmen und den IPO als IPO light allein den Pirnaern anlasten. Dabei sollen die Bürger*innen wieder an den Rand gedrängelt werden:

- weil sie die „großartige Projektidee“ behindern (könnten),
- weil sie sich, wie in Dohna und Heidenau geschehen, mit guten Argumenten, die durch die Informationsveranstaltungen offensichtlich nicht ausgeräumt werden konnten, widerständig zeigen.

Und das, obwohl die Ratsdamen und –herren in Pirna ihren eigenen Eintrittsbeschluss kennen sollten, der eine Klausel in der Satzung des Zweckverbandes beinhaltet, die Veränderungen erst ab 2021 zulässt. Was hier jetzt losgetreten wird, ist planlos, in den Folgekosten risikovoller als das bisherige Verfahren und schamlos, weil es die Bürger*innen-Beteiligung auszuhebeln versucht. Und es ist durchsichtig, wenn man für die fragwürdige Ökonomie des Projekts über ein ökologisch angehauchtes Greenwashing mit viel Wortgeklingel Werbung machen will.

Position von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hat im Kommunalwahlkampf das „Nein“ zum IPO ins Zentrum gestellt und ist dafür mit zwei Ratsmandaten in eine verantwortliche Position im Rat der Stadt gebracht worden. Die Grünen haben zugesagt, alles dafür zu tun, den IPO auf parlamentarischem Weg zu verhindern. Unsere Argumente sind nach wie vor aktuell:

- negative ökologische Folgen durch Bodenversiegelung und Starkregenereignisse,
- Emissionsbelastungen durch industrielle Prozesse, ansteigenden Verkehr und Lärm,
- Gesundheitsbeeinträchtigungen durch klimatische Veränderungen (geminderte Kaltluftentstehung für die Stadtbewohner),
- touristische Nachteile durch den verschandelten Blick auf die Landschaft rund um den Barockgarten von Großsedlitz und im Tor zur sächsischen Schweiz,
- wirtschaftliche Schäden durch den Abzug von Facharbeiter*innen und unkalkulierbare Kosten für die Erschließung des Geländes.

Das wird in der von den Grünen beantragten Sondersitzung des Rates am 12.11. erneut zur Sprache kommen und sollte die Stadträt*innen überzeugen, von ihrem jetzt beantragten Verfahren abzulassen bzw. sich letztlich gegen den IPO zu entscheiden.
Wenn in Zukunft die Bürgerbeteiligung doch ernst genommen wird und es zu einem Bürgerentscheid in Pirna kommen sollte, werden die Grünen intensiv mit ihren Argumenten für ein „Nein zum IPO“ in der Abstimmung werben.

Dr. Bärbel Falke
Jan Hamisch
Stadtverbandsprecher*innen Bündnis 90 / Die Grünen